

Curricular and pedagogical challenges for enhanced graduate attributes in CAPE.

Die Hochschulen in den neuen Ländern haben in den letzten gut 15 Jahren einen unglaublichen Kraftakt vollzogen und den Wandel von einem zentralstaatlich geplanten System zur föderal geprägten Struktur vollzogen. Diese Phase war oder ist kaum abgeschlossen, da stehen die Hochschulen vor neuen Herausforderungen. Im Zuge des so genannten Bologna-Prozesses entsteht ein europäischer Hochschulraum mit neuen (konsekutiven) Studienstrukturen, der innerdeutsche wie auch der internationale Wettbewerb zwischen Hochschulen und Bildungsräumen wird stärker, und der demografische Wandel wird in den kommenden Jahren auch die Hochschulen erreichen. Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium für Verkehr, Bauwesen und Stadtentwicklung (BMVBS), das auch für den "Aufbau Ost" zuständig ist, die vorliegende Studie in Auftrag gegeben, die sich mit der Frage der Struktur- und Exzellenzbildung durch Hochschulen in Ostdeutschland auseinandersetzt. In der vorliegenden Studien werden zunächst die ökonomischen und demografischen Daten mit Blick auf die Funktion von Bildung und speziell Hochschulen beleuchtet. Im Anschluss folgt eine Bestandsaufnahme des Bildungsstandortes Ostdeutschland, bevor sowohl das Hochschulsystem im Osten skizziert als auch die Bedeutung der Hochschulen für die ökonomische Entwicklung einer Region dargestellt wird. Daran schließt sich eine tiefer gehende Betrachtung der Strukturen der einzelnen Bundesländer an. (ICD2)

1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechterforscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen

hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Mandats (Nationalrat, Bundesrat, Landtag) ihre Arbeitszeit reduzieren und ihre berufliche Tätigkeit, selbst in leitenden Positionen, weiter ausüben. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen, die Beanspruchungspraxis und die politische Rede über Zeit- und Tätigkeitsstrukturen dieser Gruppe belegen, entgegen den oben skizzierten Positionen, dass Beruf und Familie bzw. Beruf und Karriere vereinbar sind. Diese Form der Arbeitszeitreduktion bei öffentlich Bediensteten mit politischem Mandat wird jedoch weder als Teilzeitbeschäftigung diskutiert, noch ist sie unter diesem Begriff gesetzlich geregelt. Der